

Demografie

Wohnen im Alter: Staat oder Markt?

Zwei Drittel der Deutschen wollen im Alter von 70 oder älter ein eigenständiges Leben in einer ganz normalen Wohnung führen und 57 Prozent wünschen sich dabei zusätzliche Hilfen. Dies ergab eine repräsentative Bevölkerungsumfrage von TNS Emnid unter Mietern und Eigentümern ab 50 Jahren. Neben ambulanten Angeboten wie Unterstützung bei der Pflege (77 Prozent), der Hausarbeit (69 Prozent), kleineren Reparaturen (66 Prozent), Behördengängen (63 Prozent), der Körperpflege (62 Prozent) und Arztbesuchen (60 Prozent) wird vor allem auf bauliche Anpassungen Wert gelegt. So legen 82 Prozent Wert auf einen barrierefreien Zugang zur Wohnung und 81 Prozent wünschen eine bodengleiche Dusche. Sicherheitsmaßnahmen wie eine Gegensprech- oder Alarmanlage spielen für 72 Prozent der Befragten eine wichtige Rolle.

Um sich diese zusätzlichen Hilfen zu leisten, wären die befragten Senioren im selbst genutzten Wohneigentum bereit, durchschnittlich bis zu 384 Euro

aufbringen. Mieter wären dagegen nur zu 161 Euro zusätzlichen Ausgaben bereit oder in der Lage. Im Schnitt können die Befragten für Serviceleistungen oder altersgerechte bauliche Veränderungen also rund 280 Euro jeden Monat aufbringen. In der Wohnungsvermarktung kommen Begriffe wie „sicher“ und „altersgerecht“ bei 80 beziehungsweise 77 Prozent der Befragten besonders gut an. Auch das Wort „individuell“ weckt bei 75 Prozent eine positive Assoziation. Positiv bewertet werden auch Bezeichnungen wie „barrierefrei“ beziehungsweise „barrierearm“ (72 Prozent).

Überraschendes förderte die Umfrage damit zwar nicht zu Tage, doch wissen ihre Auftraggeber die Ergebnisse in ihrem Sinne zu deuten. Initiiert hatte die Untersuchung ein Bündnis aus dem Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB), dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) sowie dem Deutschen Mieterbund (DMB), um ihrer Forderung nach

zusätzlichen Subventionen für die private Bauwirtschaft Nachdruck zu verleihen und mit einem vermeintlich öffentlichen Interesse zu legitimieren.

Doch wenn einerseits tatsächlich ein so großer Wunsch nach baulichen Veränderungen im Wohnungsbestand besteht und andererseits sowohl Eigenheimbesitzer wie Mieter bereit und in der Lage sind, mehr für altersgerechten Wohnraum auszugeben, dann sollte dies in einem marktwirtschaftlichen System ein ausreichender Anreiz für Investoren, Vermieter und Bauunternehmen darstellen, um diese Nachfrage zu befriedigen. Trotzdem die Schaffung von zielgruppengerechten Gütern mit staatlichen Anreizen zu fördern, bedarf schon einer sehr guten Begründung. Dass Senioren in ihren – nicht „altersgerechten“ – Eigenheimen oder Mietwohnungen wohnen bleiben, ist weder ein neues Phänomen noch galt es bislang als Versagen des Marktes oder der Gesellschaft. Daraus jetzt ein Problem zu machen, hilft älteren Menschen nicht, sondern diskriminiert sie. (Red.)